



## **Rede Warnstreik am 04.12.2023 in Mainz**

**Sabrina Kunz**

**Landesvorsitzende Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz**

**- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT –**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,  
liebe solidarische Unterstützerinnen und Unterstützer,  
all die Streikenden hier in Mainz und Menschen vor den Monitoren,

ich heiße euch im Namen der Gewerkschaft der Polizei recht herzlich Willkommen zum Warnstreik in der Tarifrunde der Länder 2023. Zusammen zahlt sich aus! Mein Gruß gilt all den streikenden Tarifbeschäftigten, aber auch denjenigen Beamtinnen und Beamten, die heute den Weg hier nach Mainz gefunden.

Ihr seid solidarisch und steht an der Seite unserer Tarifbeschäftigten. Gemeinsam kämpfen wir aber auch für die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten im Land. Zusammen zahlt sich aus! Wir alle halten das öffentliche Leben am Laufen! Wir Menschen – wir Beschäftigten im öffentlichen Dienst – sind der Grund dafür, warum die staatlichen Instrumente noch funktionieren. Und seit Jahren fühlen wir uns in den Tarifrunden wie Bittsteller!

**SPRECHPAUSE**



Ihr seid noch viel zu leise, Kolleginnen und Kollegen. Zeigt euch kämpferisch, zeigt euch solidarisch und gebt jetzt laut Gas! Diese Tarifrunde geht uns alle an, diese Tarifrunde soll zeigen, wie es um unsere Emotionen bestellt ist, diese Tarifrunde soll zeigen, wie es euch und euren Familie geht!!! Also auf geht's ... macht richtig Rabatz!

### **SPRECHPAUSE**

Bevor ich richtig einsteige, erlaubt mir zu Beginn eine längst überfällige und zwingende Bemerkung:

Wenn ich bei Facebook unter einem Post der GdP einen Kommentar lese, der den Gewerkschaften und insbesondere der GdP die Schuld daran gibt, dass die Landesregierung für uns Beschäftigte im Land den Hintern nicht hochbekommt, dann möchte ich hier und heute die Chance nutzen und dem Schreiber und allen anderen sagen:

Ihr habt vergessen, welchen Mehrwert Gewerkschaften und Solidarität haben. Wir sind so stark, wie ihr uns durch euer aktives Tun unterstützt und ich hoffe, dass heute auch all diejenigen da sind, die sich in ihrem Schonraum „Sofa“ bei gewärmter Bude im Facebook über all diejenigen aufregen, die alltäglich bei Wind und Wetter um gute Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen. Schuld sind nicht die Gewerkschaften sondern all diejenigen, die ihre politische Verantwortung zum Handeln nicht erkennen und all diejenigen, die uns im Schonraum „Sofa“ öffentlich für unsere Arbeit an den Pranger stellen wollen. Und deswegen sage ich allen, die heute hier sind, DANKE, dass ihr noch wisst, was Solidarität, Zusammenhalt und Gewerkschaft ist!!! Ihr seid die Stimme der Beschäftigten!!!! Lasst sie raus! Zusammen zahlt sich aus!

### **SPRECHPAUSE**



Dass uns die Arbeitgeberseite in diesen schweren krisenbehafteten Zeiten überhaupt in die Situation bringt, zu einem Warnstreik aufrufen zu müssen, ist verantwortungs- und respektlos und zeigt die Gleichgültigkeit, die hier an den Tag gelegt wird. Die Leittragenden sind all diejenigen Menschen, welche auf unsere Arbeit angewiesen sind. Ich sage den Menschen da draußen:

Zu streiken ist unser gutes verfassungsrechtlich gesichertes Recht. Dass es überhaupt so weit kommt, sind ausschließlich die öffentlichen Arbeitgeber schuld, die mit diesem Verhalten fahrlässig mit der Motivation der Beschäftigten und der staatlichen Daseinsvorsorge spielen. Sie sollten sich fremdschämen, liebe Arbeitgeber.

### **SPRECHPAUSE**

Dass sich die Arbeitgeber so verhalten, wie immer zeigt auch, wie wenig Fingerspitzengefühl der öffentliche Arbeitgeber dann zu haben scheint, wenn es um das eigene Personal geht und man selbst Arbeitgeber ist und nicht über andere Arbeitgeber da „draußen“ meckern kann. Kehren vor der eigenen Haustür! – das ist das, worum es heute gehen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es muss vorbei sein mit politischem Gehabe, es muss vorbei sein mit den Machtspielen der Regierenden. Was wir erwarten, ist eine verantwortungsbewusste Politik ... einen öffentlichen Arbeitgeber, der die Nöte und Sorgen seiner Mitarbeitenden ernst nimmt. Was wir seit langer Zeit erleben, ist das komplette Gegenteil.



Nutzt eure Pfeifen, Tröten, Ratschen, eure Hände und alles was Krach macht, um den Arbeitgebern deutlich zu zeigen, dass wir uns so nicht behandeln lassen. Lasst uns jetzt einen lautstarken Gruß an die politischen Verantwortlichen senden!!!

### **SPRECHPAUSE**

Und damit die regierende Politik im Land sich nicht hinter den verhandelnden Arbeitgebern versteckt, mal zur rheinland-pfälzischen Landesregierung:

Frau Dreyer und Frau Ahnen: Der Koalitionsvertrag trägt Ihre Handschriften. Sie sprechen dort von dem Land Rheinland-Pfalz als einem modernen, attraktiven und vielfältigen Arbeitgeber. Sie haben die Koalition als eine „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ genannt. Seien Sie innovativ, gehen Sie auf Ihre Amtskolleginnen und -kollegen zu, stehen Sie an unserer Seite und fordern Sie auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Aufbruch und Zukunftschancen und nicht Stillstand und Rückgang.

Sie wollen eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für die Bediensteten des Landes, um auch in Zukunft im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen zu können.

Sehr geehrte Regierungsverantwortliche; seit 2001 haben all diejenigen Landesbeschäftigten, die dort schon im Dienst waren, so viele Einschnitte erlebt: Öffnungsklausel, Nullrunden in der Besoldung, ausbleibende Beförderungsrunden, die Einführung einer Kostendämpfungspauschale, die Verteilung des Weihnachtsgeldes auf die monatliche Besoldung (gestatten Sie mir eine Randbemerkung für diejenigen, die neu von Ihnen in Verantwortung



sind: ohne dieses 13. Monatsgehalt, welches monatlich in der Besoldung untergeht, stünden wir mit unserer Besoldung deutlich im untersten Bereich), einen Eigenbetrag zur Finanzierung der Wahlleistungen im Krankheitsfall, 1%-Besoldungsdiktate und einige andere schäbige Dinge mehr. Aktuell treiben Sie Ihre Landesbediensteten dazu, wegen der Besoldung zu klagen, weil die Amtsgemessenheit der Besoldung noch lange nicht so auf sicheren Füßen steht, wie Sie das darstellen. Das belastet auch mental und nebenbei - auch unnötigerweise die Gerichte. Getrieben durch Ihre Haltung werden wir auch in diesem Jahr unsere Mitglieder wieder aufrufen, Widerspruch gegen ihre Besoldung einzulegen. Ich möchte hier nochmals deutlich darauf hinweisen, dass Sie als Arbeitgeber die Verantwortung dafür tragen, dass Ihre Beschäftigten auch hier wieder gefrustet sein werden.

Ich kann Ihnen versichern, dass auch ich selbst gefrustet bin. Wo ist denn das innovative Land, wenn es um die eigenen Beschäftigten geht? Wo ist denn das Land, dass die eigenen Beschäftigten dazu bringt, wieder sagen zu können, stolz darauf zu sein, für das Land Rheinland-Pfalz zu arbeiten. Sie treiben uns Gewerkschaften in die Situation, wegen der Frage der Verfassungsmäßigkeit zu klagen. Ich kann Ihnen sagen, wie ich das finde... peinlich!

Sie loben sich selbst für die vorletzte Tarif- und Besoldungsgrunde, insbesondere für die 2mal2 Prozent für die Beamtinnen und Beamten. Dabei vergessen Sie, dass Sie mit Ihrer Besoldung unmittelbar vor der Feststellung der Verfassungswidrigkeit standen. Vergessen Sie bitte nicht, dass die Menschen, die seit Jahrzehnten für dieses Land arbeiten, die auf diese Entwicklungen nicht erst seit 2-3 Jahren zurückblicken.



In allen Ecken und Kanten lassen sich im öffentlichen Dienst unzufriedene Stimmen hören und schaut man in enttäuschte Gesichter in Anbetracht der letzten und dieser Tarifrunde. In der letzten Tarifrunde waren wir es, die aus Rücksicht auf die Gesellschaft zurückhaltend akzeptieren mussten, mit welchem Ergebnis wir konfrontiert waren. Ich muss Ihnen nicht sagen, dass der Tarifabschluss durch die Beschäftigten als nicht gut angesehen wird. Sie sollten sich schämen, dass Sie in Anbetracht der insgesamt guten Wirtschaftslage im Nachgang für Ihre Beschäftigten nicht auch eins draufgesetzt haben.

### **SPRECHPAUSE**

Die Teilnahme vieler Kolleginnen und Kollegen an aktiven Mittagspausen in den letzten Wochen, die Zuschriften, die wir bekommen, das, was wir bei GdP-vor-Ort Terminen seit Ende der Corona-Pandemie hören, zeigt, dass wir uns nicht einfach so „bei Seite schieben lassen“. Solche Aktionen belegen, dass unsere Forderung vom solidarischen Zusammenhalt der im öffentlichen Dienst Beschäftigten getragen wird und alles andere als überzogen ist. Sie sollten diejenigen sein, die erkennen, dass sich unsere Forderung in Anbetracht der aktuellen Lage und in Rücksicht auf unsere Gesellschaft im deutlich akzeptablen Bereich bewegt. Es gibt keinen Grund, diese Forderungen abzulehnen.

### **SPRECHPAUSE**

Seit Jahren kämpfen wir uns im solidarischen Verbund zwischen ver.di und GdP einen ab, um für das Zulagenwegen bei der Feuerwehr, in der Justiz und in der Polizei zu kämpfen. Ja, ich meine die Polizei-, Feuerwehr- und Schließerzulage. In der ganzen Zeit hat es niemand für nötig befunden, bei uns mal aufzuschlagen



und sich mit uns über das Ansinnen in dem Bemühen auszutauschen, es endlich auch zu machen. Alle politisch Verantwortlichen im Land – und da nehme ich keine Regierungsfraktion von aus – üben sich im Weglächeln und Aussitzen. Was nicht im Koalitionsvertrag steht, wird nicht gemacht. Ich sage Ihnen, sehr geehrte Frau Dreyer, der Koalitionsvertrag ist weder Verfassung noch Gesetz. Es liegt bei Ihnen und Ihrem Kabinett, auf zwingend notwendige Dinge in diesen Krisen- und Katastrophenzeiten auch zu reagieren. Das schließt den Umgang mit Ihren Beschäftigten ausdrücklich mit ein. Dass die Gewerkschaften bei der Polizei-, Feuerwehr- und Schließerzulage so hartnäckig sind und auch bleiben, geht auf dem Umstand zurück, dass der öffentliche Dienst schlichtweg schlecht bezahlt wird. Ein Armutszeugnis in diesen so stürmischen Zeiten. Wertschätzung sieht anders aus!

### **Wertschätzung!**

Das ist das, was die Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen – insbesondere im öffentlichen Dienst – von ihren Arbeitgebern einfordern. Nicht durch Klatschen und Bejubeln, sondern durch ein aktives Tun. Wir fordern eine Tabellenentgeltsteigerung von 10,5%, mindestens jedoch 500 Euro monatlich. Schauen Sie sich die Bilder in den Krankenhäusern und in den polizeilichen Dienststellen doch mal an?

Schauen sie sich die Bilder der Demonstrationen, die Vielzahl der Einsätze unserer Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheitslage aufgrund des vollkommen berechtigten Schutzes jüdischer Einrichtungen, die Notwendigkeit Weihnachtsmärkte zu überwachen und so weiter und so fort an. Wer muss denn hinhalten, wenn es niemand anders macht? Wer springt ein, wenn es nicht mehr anders geht? Wer sorgt 24 Stunden und 7 Tage die Woche für unsere Sicherheit



... das ist unsere Polizei. Und wer sorgt dafür, dass Menschen gut versorgt werden, wenn es ihnen nicht gut geht... das gesamte Gesundheitswesen und Pflegepersonal. Es wird Zeit, dass Sie erkennen, dass Sie so nicht weitermachen können.

## **SPRECHPAUSE**

Neben der Corona-Pandemie hat unser Bundesland und zehntausende von Menschen die Flutkatastrophe im Jahr 2021 mit dramatischen Folgen hart getroffen, wir mussten 2022 den Mord unserer Kollegin und unseres Kollegen erleben. Vor wenigen Tagen haben wir an die Opfer der Amokfahrt in Trier gedacht. Wir bewegen uns von Krise zu Krise... viele berechtigte Forderungen wurden durch uns artikuliert. Vom Personalansatz, über die Leistungen der dienstlichen Fürsorge bis hin zu Innovationsoffensiven haben wir eine Vielzahl von zwingend notwendigen Maßnahmen gefordert. Einiges haben wir erreicht, bei den großen Ausgabeposten „Personal, Fürsorge und Entgelt“ blocken Sie seit Jahren ab. Nehmen Sie die Dinge in die Hand und werden Sie mindestens Ihrem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag gerecht: Sie sprechen dort von dem Land Rheinland-Pfalz als einem modernen, attraktiven und vielfältigen Arbeitgeber.

Ich kann Ihnen aus den Erkenntnissen von über 100 Dienststellenbesuchen in meiner Amtszeit im Moment folgendes Zeugnis ausstellen: Sie sind vielfältig, aber von einem modernen und attraktiven Arbeitgeber weit entfernt.

Dennoch und ohne Widerspruch durch Ihre Landesbeschäftigten haben Sie, liebe Abgeordnete, im Juli 2021 per Gesetz eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten von insgesamt 11%, also von jährlich 3,5%, auf den Weg gebracht. Der Sprecher



der Grünen Fraktion verteidigte nach Angaben der dpa die Erhöhung wie folgt:  
*„Lebenshaltungskosten sowie das allgemeine Lohnniveau steigen im Laufe der Zeit. Diesem Umstand müssen auch Ausstattung und Bezüge von Abgeordneten sowie die finanzielle Ausstattung von Fraktionen Rechnung tragen.“*

Wie war – wie wahr! Was für Sie gilt, liebe Damen und Herren Abgeordnete, gilt auch für Ihre Beschäftigten in den Landesverwaltungen. Und somit ist die Forderung von 10,5%, mindestens 500 Euro, mehr als gerechtfertigt.

### **SPRECHPAUSE**

Wir fordern die Landesregierung auf: Stehen Sie für Aufbruch und Zukunftschancen! Lösen Sie ihr Regierungsversprechen ein: Verhandeln sie ein ordentliches Tarifergebnis, übertragen Sie das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten im Land und sorgen Sie für die die Anhebung und Ruhegehaltstfähigkeit der Polizei-, Feuerwehr- und Schießezulage. Andernfalls versprechen wir Ihnen, dass das Streikrecht durch uns vollkommen ausgeschöpft wird. Zusammen zahlt sich aus!